

Positionspapier zur Forderung von Klimagerechtigkeit des CSOF (Civil Society Organization Forum) Indonesia

Der Klimawandel ist unvermeidbar. In vielen Teilen Indonesiens wird die Bevölkerung Zeuge von veränderten Klimabedingungen und extremen Wetterereignissen und ist diesen direkt ausgesetzt. Der Klimawandel ist ein eindeutiger Beweis für den Bankrott des globalen Entwicklungsmodells, welches nicht Sicherheit, Wohlstand und Lebensqualität für die Weltbevölkerung schafft und die Fähigkeit der Menschen zur Aufrechterhaltung nachhaltiger ökologischer Dienste ignoriert.

Dieser Bankrott des globalen Entwicklungsmodells wird durch Tatsachen, wie Verschuldungsfällen, Ausbeutung von Arbeitskräften, Doppelstandards im Umweltschutz und Kapitalwachstum von Handelsgesellschaften, welches den Reichtum der südlichen Länder übertrifft, zu sinkender Lebensqualität der Bevölkerung und zur Zerstörung der Umwelt sowie des lebenserhaltenden Systems führt, deutlich.

Die derzeitige Weltentwicklung bringt standardmäßig extreme Ungleichheit zwischen der reichen Minderheit und der armen Mehrheit mit sich. Eine große Vielzahl an sozio-ökologischen Krisen, gehen Hand in Hand mit der andauernden Umweltzerstörung, sozialer Desintegration und dem Verlust von Zugang zu Quellen des Lebens und Lebensunterhalts.

Unsere Position zur Lösung des Klimaproblems, die von der UN-Klimarahmenkonvention angeboten wird

Wir glauben, dass eine drastische Verringerung der Emission keine ausreichende Lösung für den Klimawandel bietet, um langfristig die anhaltende und wiederkehrende



Krise zu bekämpfen, und armen Menschen signifikante Belastungen aufbürden.

Deshalb fordern die im *Civil Society Forum on Climate Justice* zusammengeschlossenen zivilgesellschaftlichen Organisationen:

Diejenigen, die seit langem von den Früchten des aggressiven Wirtschaftswachstums profitieren, tragen die Verantwortung für die Lösung der Klimakrise und die Verhinderung von Umweltkatastrophen.

Eine Verbesserung muss auf kollektiven internationalen Abkommen basieren, die ernsthaft die Sicherheit der Bevölkerung, ihre Rechte auf hohe Lebensqualität und ihre Fähigkeit zur Aufrechterhaltung ökologischer Dienste in Betracht ziehen.

Alle Maßnahmen müssen die Sorgen der Bevölkerung ansprechen, Rehabilitation und Erholung von lokaler gesellschaftlicher und ökologischer Intaktheit behandeln, die Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker und der UN-Erklärung über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen dargestellt sind, völlig respektieren.

In jeder Abmilderungs- und Anpassungspolitik müssen Frauenperspektiven vollständig in Betracht gezogen werden, einschließlich der unterschiedlichen Auswirkungen, die Probleme in den Bereichen Wasser, Energie, Gesundheit, Landwirtschaft, Biodiversität, Transport, Migration, Naturkatastrophen und Klimawandel auf Frauen und Männer haben.

Der Erlass von früheren verabschiedungswürdigen Schulden ist eine Voraussetzung für die Formulierung jedweder finanzieller Mo-

dalitäten, die sich auf die Lösung der Klimakrise und damit zusammenhängender Umweltkatastrophen beziehen.

Technologische Lösungen einschließlich transgener Technologien, Kernkraft, Biokraftstoff, CCS/CTT (Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff/saubere Kohletechnologien) führen nur zu neuen Katastrophen für die Menschen und gefährden die Nachhaltigkeit der Umwelt. Die Förderung dieser Technologien muss beendet werden.

Die Nutzung von Land und natürlichen Ressourcen muss zum lokalen gesellschaftlichen Wohlstand und zur lokalen Wirtschaft beitragen, und zwar durch die Verwendung von Technologien, welche die ökologische Tragfähigkeit und die Reproduktionsfähigkeit des Landes und seiner natürlichen Ressourcen nicht verringern.

Das Engagement und der politische Wille zur Rückhaltung von Kohlenstoff der südlichen Länder, die Wald und Kohlenwasserstoffvorräte besitzen, muss durch ein ebenso ambitioniertes Engagement der nördlichen Länder, ihre Emissionen zu verringern, wie in der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) gefordert wird, ausgeglichen werden. Dies muss sich in einer politischen und wirtschaftlichen Transformation von Produktion und Konsum, die sich von einer hohen Abhängigkeit von Rohstoffen und Energie aus dem Süden wegbewegt, widerspiegeln.

Übersetzung aus dem Englischen von Stefanie Hensengerth. Die ausführliche Originalversion dieses Positionspapiers finden sie unter: www.choike.org/nuevo_eng/informes/6146.html